Saarlouis, Donnerstag, 2. März 1922.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 86.— Mk. Mit der Post bezogen 39.— Mk. Zeilenpreise: Die 8gespaltene m/m Zeile, 41 m/m breit, 0.50 Mk. Die 88 m/m breite Reklamezeile 1.— Mk. Bei Wiederholungen günstigster Rabatt.

Nr. 50. 51
51. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 82. Postfach 38.

Wo war der Kriegswille?

Der Staatsarchivar Archivrat Dr. J. Lukes in Berlin hat unter dem Titel „Wo war der Kriegswille?" 170 Selbstbekenntnisse und Zeugnisse der Gegner Deutschlands zusammengestellt, die er ganz richtig als einen Beitrag zur Schuldfrage" ansieht. Diese 170 Zeugnisse sind soeben in Buchform gebracht worden. Die deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin hat sich das Verdienst erworben, das gesammelte Material der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. In den ersten Tagen des März wird, wie wir hören, im Buchhandel das treffliche Buch zu haben sein, das wir heute schon der Aufmerksamkeit aller Politiker empfehlen.

Der Streit um die sogenannte Kriegsschuld dauert eigentlich seit dem 1. August 1914 an. Einer geschickten Propaganda des Auslandes ist es allerdings gelungen, es so darzustellen, als ob Deutschland einen großen Teil, ja, man sagte sogar den Hauptteil der Schuld am Ausbruch des Krieges allein zu tragen hätte. Es steht heute doch fest, daß verschiedene Staaten den Feinden Deutschlands sich erst dann angeschlossen haben, als sie von der vorgeredeten Schuld des Kaiserreichs überzeugt waren. Es ist deshalb immer wieder eine wertvolle Aufgabe für jeden deutschen Politiker, sehr eingehend sich mit der Schuldfrage zu beschäftigen.

Es kommt hinzu, daß die Feinde selbst von sich aus im Vertrag von Versailles die Frage nach der Kriegsschuld beantwortet haben. Sie schrieben: „Deutschland anerkennt die Erklärung der Alliierten, daß die deutsche Regierung allein die Kriegsschuld zu tragen hat." Auf diesem erzwungenen Erklärungs-Paragraphen — auf dem Artikel 231 des Friedensvertrags — ist auch die Lösung des Kriegsschaden-Wiedergutmachens aufgebaut. Wer also in irgend einem Augenblick einmal zur Veränderung unserer Reparationsleistungen kommen will, der muß der Schuldfrage seine Aufmerksamkeit zuwenden. Dieser Gedankengang entspricht übrigens ganz genau dem, was selbst der englische Premierminister Lloyd George am 3. März 1921 auf der Londoner Konferenz gesagt hat. Wir wollen ihm jenen Satz heute, ein Jahr nachdem er gesprochen worden ist, noch einmal vorhalten. Er sagte:

„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Es ist die Basis, auf der der Bau des Vertrags von Versailles errichtet worden ist; und wenn dieses Eingeständnis abgelehnt oder aufgehoben wird, ist der Vertrag zerstört. Wir wünschen daher, es ein für allemal ganz klar zu machen, daß die deutsche Verantwortung für den Krieg von den Alliierten als eine bereits entschiedene Angelegenheit behandelt werden muß."

Lloyd George wird also doch selbst nichts dagegen haben können, wenn man noch einmal das Problem der Kriegsschuld aufrollt, es noch oft aufrollt, bis es auch den Alliierten klar wird, daß sie sich in dieser Angelegenheit gründlich vertan haben. Uebrigens hat Lloyd George sich selbst vergessen. Er hat bereits am 23. Dezember 1920 in Birmingham eine Rede gehalten, die dazu dienen sollte, die Alliierten von der Schuld am Kriege freizusprechen. Dabei sagte er:

„Je mehr man die Memoiren und Bücher über die Begebenheiten vor dem 1. August 1914 liest, desto mehr begreift man, daß niemand an leitender Stelle zu jener Zeit geradezu den Krieg gewollt habe; es ist vielmehr etwas gewesen, in das sie hineingeglitten sind, oder eher wankten und stolperten."

Wenn schon der englische Premierminister eine so wichtige Frage derart umstritten hält, daß er sich selbst innerhalb neun Wochen durchaus gegensätzlich widerspricht, so muß es auch uns gestattet sein, immer nachdrücklicher die Schuldfrage aufzurollen. Jeder Deutsche wird es daher begrüßen, daß die Parlamente Bayerns und Württembergs durch besondere Anträge gefordert haben, daß der Schuldlüge, unter der zur Zeit noch das ganze deutsche Volk zu leiden hat, durch die Regierung aufs entschiedenste entgegengetreten wird.

Die Reichsregierung hat einige Zeit hindurch in einer uns politisch sehr begreiflichen Weise Zurückhaltung geübt; sie hat nicht jeden der vielen Anlässe benützt, die es gegeben hätte, wollte man auf jede Aeußerung im Ausland eingehen! Die Regierung ist wegen dieser Zurückhaltung vielfach getadelt worden. Heute muß sie nun daran denken, dieser Frage erneut ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die umfangreichen Vorbereitungen an amtlichen Stellen, die Materialsammlung, die dort vorgenommen worden ist, die müssen mal heraus ans Tageslicht. Allerdings muß man einer klug geführten Außenpolitik es selbst überlassen, den psychologisch geschickten Augenblick auszuwählen. Die Regierung muß aber die Sicherung hinter sich haben, daß das ganze deutsche Volk mit Eifer, mit Liebe, ja sogar mit einem lodernden Feuer der Begeisterung dieser Aktion einer groß angelegten politischen Tat mitmacht. Wir glauben, diese Versicherung allein schon deshalb geben zu können, weil das ganze deutsche Volk auf eine Klarstellung der Schuldfrage mit der allergrößten Spannung wartet!

Allerdings gibt es auch für die vollkommene Sicherung des Erfolgs nur ein Mittel, das der heimgegangene Papst Benedikt XV. bereits den Staaten vorgetragen hat. Wir meinen damit: die Oeffnung der noch verschlossenen Archive der Gegner. Diese Forderung ist wiederholt in den offiziellen Organen des päpstlichen Stuhles erhoben worden. Es sei nur erinnert an den „Osservatore Romano" vom 25. Juni 1919 und an die „Unita Cattolica" vom 17. August 1919. Der Versuch, lediglich von innerdeutschen Standpunkt aus das Problem lösen zu wollen, wird immer wieder scheitern an einer oft zu doktrinären parteipolitischen Einstellung. Deshalb Oeffnung aller Archive!

Archivrat Dr. Lukes hat einen eigenartigen Weg beschritten. Er hat aus den dreißig hinter uns liegenden Jahren Aussprüche politischer Persönlichkeiten aus Frankreich, Rußland, Serbien, England und Amerika gesammelt, die dartun, daß Frankreich, Rußland und England die wahrhaft Kriegsschuldigen sind. Auf der anderen Seite sind auch Urkunden gesammelt, die aus dem feindlichen Lager stammen und Deutschlands absolute Friedensliebe dartun. Reizvoll an der Broschüre ist das, daß sie es ablehnt, den Leser mit Schlußfolgerungen zu quälen. Sie bringt in der einfachsten Form die Zitate, stellt fest, wo sich die angegebene Stelle findet, und überläßt dem aufmerksamen Leser die zunächst liegende Schlußfolgerung selbst. Dieser Beitrag zur Schuldfrage darf nicht bloß gedruckt und gelesen werden! Er muß hinaus ins Land und muß dort zum Rüstzeug aller werden, denen an der Zukunft des deutschen Volkes etwas liegt, die frei ist von dem sachlich falschen Urteil der Entente von der angeblichen deutschen Kriegsschuld. Dr. St.

Lloyd George.

Anzeichen einer bevorstehenden Kabinettskrise. — Aufhebung des Protektorats über Ägypten.

WTB. London, 1. März. Der Parlamentsberichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Es besteht kein Zweifel daran, daß der Premierminister über die augenblickliche Lage im Parlament sehr unzufrieden sei. Lloyd George sei der Ansicht, daß er nicht die loyale Unterstützung erhalte, auf die er als Haupt der Regierung Anspruch habe, und daß sein Einfluß im Unterhause ernstlich geschwächt sei. Die Intriguen gegen seine Person und die vorsätzlichen Versuche, die Koalition zu beenden, hätten Lloyd Georges Stellung äußerst schwierig gestaltet, und kein Anzeichen deute darauf hin, daß die Parteidifferenzen ausgeglichen würden. Es sei unmöglich, daß Lloyd George diese Behandlung noch länger ertrage, und es bestehe Grund zu der Annahme, daß er ein Schreiben an Chamberlain als Führer der unionistischen Partei gerichtet habe, in dem er seine Ansicht in klaren Worten darlegt und zum Ausdruck bringt, daß er sich dieser demütigenden Behandlung nicht länger unterwerfen könne.

In einem Leitartikel schreibt Daily Telegraph, die Bedeutung obiger Meldung brauche nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es sei klar, daß eine Krise, die sich bereits seit einigen Wochen entwickelte, früher als man erwartete, ihren Höhepunkt erreicht. Die Fortdauer einer solchen Behandlung, wie Lloyd George sie erfahre, müsse seinen Rücktritt unvermeidlich machen. Der Rücktritt Lloyd Georges, der das Leben und die Seele der Koalition sei, würde das Ende der Koalition bedeuten. Auf die Koalitionsregierung könne bei der augenblicklichen Zusammensetzung des Unterhauses nur ein Ministerium folgen, dessen Hauptaufgabe die baldige Auflösung des Parlaments sein würde. Großbritannien sei jedoch heute nicht in der Lage, die Folgen des Unheils zu übersehen, das ein von der Arbeiterpartei beherrschtes oder in großem Maße von ihr beeinflußtes Ministerium bilden würde.

Lloyd George zur ägyptischen Frage.

WTB. London, 1. März. Im Unterhause hat Lloyd George gestern die erwartete Erklärung abgegeben. Er sagte u. a.: Wir haben seit längerer Zeit anerkannt, daß das Protektorat keine befriedigende Grundlage mehr für die Beziehungen zwischen England und Aegypten bildet, wir haben ferner erkannt, daß mit Rücksicht auf die besondere geographische Lage Aegyptens das Protektorat nur aufgegeben werden kann, wenn die Sicherheit des Reiches gewahrt bleibt. Diese Sicherheit mit gewissen ägyptischen Aspirationen zu vereinigen, konnte bei den Verhandlungen mit Adly Pascha nicht erreicht werden. Gegenwärtig gibt es keine ägyptische Regierung, die so weit gehen kann, eine entsprechende Verpflichtung zu übernehmen. Infolgedessen hat die britische Regierung beschlossen, eine einseitige Erklärung abzugeben. Bei diesem Beschluß hat sie die uneingeschränkte Unterstützung Lord Allenbys und der gesamten ägyptischen Beamten hinter sich. Sie glaubt auch, daß das Parlament und die öffentliche Meinung Großbritanniens ihren Standpunkt billigen wird.

Die Erklärung enthält vier Grundsätze:

1. Das Protektorat wird aufgehoben und es steht Aegypten frei, nationale Einrichtungen zu schaffen, die den Wünschen des ägyptischen Volkes entsprechen.

2. Der Belagerungszustand wird aufgehoben, sobald ein Indemnitätsgesetz ausgegeben ist.

3. Die folgenden vier Fragen bleiben den Erwägungen der britischen Regierung vorbehalten:

a) Die Sicherheit der Verbindungswege des britischen Reiches.

b) Die Verteidigung Aegyptens gegen jeden fremden Angriff.

c) Der Schutz der ausländischen Interessen und Minderheiten.

d) Der Sudan.

Das Abkommen mit der Reparationskommission.

WTB. Berlin, 28. Febr. Laut Berl. Tageblatt haben heute vormittag im Reichsfinanzministerium Beratungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels, der Bankwelt und der Arbeiterschaft über die Höhe des Zinsfußes für die Zwangsanleihe nach den ersten drei zinsfreien Jahren stattgefunden. Was die Veranlagung zur Zwangsanleihe betrifft, so wird dem Blatte zufolge geplant, die Veranlagung nach der Vermögenssteuerveranlagung von 1922 vorzunehmen. Es soll indessen nicht so lange gewartet werden, bis diese Veranlagung fertiggestellt ist; vielmehr werden bestimmte Vorauszahlungen für die Zwangsanleihe, etwa in Höhe eines Notopferdrittels, angeordnet werden. Die Zahlungen auf die Zwangsanleihe sollen ratenweise erfolgen, und zwar voraussichtlich in vierteljährlichen Raten. Die völlige Einzahlung der Zwangsanleihe soll nach den gegenwärtig bestehenden Gesichtspunkten bis zum Frühjahr 1923 erfolgt sein.

Beratungen über die Zwangsanleihe.

WTB. Berlin, 1. März. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, steht die Regierung den Veröffentlichungen der heutigen Morgenblätter über das mit den Vertretern der Reparationskommission abgeschlossene Sachlieferungsabkommen vollkommen fern. Die Darstellungen enthalten eine Reihe von Unrichtigkeiten. Die Inhaltsangabe des abgeschlossenen Abkommens wird erst im Laufe des morgigen Nachmittags veröffentlicht werden, nachdem der Führer der Delegation der Reparationskommission von dem Abkommen Mitteilung gemacht haben wird.

WTB. Berlin, 1. März. Entgegen der in der gestrigen Abendausgabe der Deutschen Allgemeinen Zeitung erschienenen Auslassung über die Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit Vertretern der Deutschen Volkspartei über das Steuerkompromiß erfährt die Germania, daß Dr. Hermes keine Mitteilung über eine zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten erfolgte Einigung über das Mantelgesetz gemacht hat. Er sei dazu auch garnicht in der Lage gewesen, da eine Einigung über die endgültige Fassung des Mantelgesetzes noch nicht vorliegt. Ebensowenig habe Dr. Hermes in dieser Besprechung von Differenzen zwischen den beiden bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten hinsichtlich des Zeitpunktes der Erhebung der Zwangsanleihe gesprochen. Er habe nur darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen darauf bestehen, noch im Laufe dieses Jahres Mittel aus der Zwangsanleihe flüssig zu machen. Es kann dies aber nach Ansicht des Finanzministers nur geschehen durch eine neue unerträgliche Belastung der Finanzämter.

Die bisherigen deutschen Zahlungen.

WTB. Paris, 1. März. Der „Temps" macht folgende Angaben über die deutschen Zahlungen seit dem Waffenstillstand: Obwohl die Schätzungen noch nicht endgültig seien, bewerte man die Zahlungen, Lieferungen und Leistungen aller Art bis zum 1. Mai 1921 in runden Ziffern auf 7½ Milliarden Goldmark. Seitdem hätten die Barzahlungen und Sachlieferungen etwas weniger als zwei Milliarden Goldmark betragen. Seit dem Waffenstillstand seien also, in runden Ziffern ausgedrückt, bezahlt worden 9 bis 9½ Milliarden Goldmark. Davon seien jedoch abzuziehen die im Abkommen von Spa Deutschland zugestandenen Vorschüsse auf den Wert der Rohstoffe und Nahrungsmittel, deren Anrechnung auf die Zahlungen vor dem 1. Mai 1921 gestattet werde. So komme man schließlich etwa auf 6½ Milliarden Goldmark, in die alle tatsächlichen Barzahlungen und Sachlieferungen Deutschlands einbegriffen seien.

Frankreich und die deutsche Valuta.

— Paris, 28. Febr. Der neue Sturz der Reichsmark innerhalb der letzten vierzehn Tage von über 6 auf 4½ Centimes läßt die französischen Finanz- und Wirtschaftskreise keineswegs gleichgültig. Man beginnt sich darüber Rechenschaft zu geben, daß Frankreich, ob es will oder nicht, mit dem Schicksal Deutschlands unlösbar verbunden ist und daß der Ruin Deutschlands den seines größten Gläubigers unweigerlich nach sich ziehen muß. „Als Gläubiger mit einer Forderung von etwa 120 Milliarden Francs", schreibt heute der „Intransigeant", „können wir nur dann auf den ganzen oder teilweisen Eingang unseres Guthabens rechnen oder darauf eine Anleihe erhalten, wenn unser Schuldner nicht völlig ruiniert und zahlungsunfähig gemacht wird." Diese Erkenntnis ist gewiß zu begrüßen, aber die Franzosen sind sonderbare Nationalökonomen: Sie sehen die Wirkungen, vor den Ursachen aber verschließen sie die Augen. Die von der Pariser Presse neuerlich vertretene Auffassung, daß die deutsche Finanz die Mark absichtlich herabdrücke aus Aerger darüber, daß die Zusammenkunft von Boulogne ihre Hoffnungen auf die Konferenz von Genua endgültig zerschlagen habe, ist viel zu naiv, als daß man darüber ernsthaft diskutieren könnte. Gewiß besteht ein Zusammenhang zwischen dem Ergebnis von Boulogne und der neuen Markbaisse, aber er ist von ganz anderer Art, als man ihn in Frankreich hinzustellen beliebt. Die Reichsmark hat heute genau den gleichen Kurs, den sie unmittelbar vor der Tagung des Obersten Rates in Cannes gehabt hat. Die Hoffnung, daß im Zusammenhang mit der Konferenz von Genua auch das Reparationsproblem aus dem Stadium der unfruchtbaren Diskussionen und unerfüllbaren Forderungen herauskommen würde, hat die Mark aufs neue steigen lassen und sie mußte in dem Maße wieder fallen, als diese Hoffnungen infolge des französischen Widerstandes gegen eine vernünftige, den Erfüllungsmöglichkeiten Rechnung tragende Lösung sanken. Auf der anderen Seite sind es die auf Grund der provisorischen Entscheidung von Cannes Deutschland auferlegten Dekaden-Zahlungen, die auf die Mark drücken. Man hat offenbar nicht nur in Frankreich allein die in der Begründung des deutschen Moratoriumsgesuchs genannten Summen von 150 bis 200 Goldmark als Höchstziffern der in Deutschland zu den Fälligkeitsterminen vom 15. Januar und 15. Februar verfügbaren Zahlungsmittel ursprünglich dahin aufgefaßt, daß die deutsche Regierung über eine Devisenreserve in dieser Höhe verfügt, während in Wirklichkeit diese Zahlen nur den Höchstbetrag an Zahlungsmitteln darstellen, dessen Beschaffung der Reichsregierung für absehbare Zeit möglich erschien. Die 155 Millionen, Deutschland in wenig mehr als sechs Wochen an die Reparationskommission abführen mußte, haben bereits mehr als drei Viertel davon verschlungen und die Ungewißheit, was danach werden soll, drückt weiterhin auf den Kurs der Mark. Wenn jemand die Mittel, ein weiteres Fallen der Mark zu verhüten, in der Hand hat, dann ist es Frankreich. Es braucht sie nur anzuwenden, um sich von der Unbilligkeit der Beschuldigung, daß der Tiefstand der Mark das Werk deutscher Machenschaften sei, zu überzeugen! (Frkf. Ztg.)

England und die Kriegsbeschuldigtenfrage.

Berlin, 1. März. Zu der neuerdings in der französischen und englischen Presse wieder sehr lebhaft erörterten Frage der Kriegsbeschuldigten wird der „Täglichen Rundschau" aus London gedrahtet: Die Pressekampagne über die Kriegsbeschuldigtenfrage werde in England um so unangenehmer empfunden, als im allgemeinen angenommen wurde, daß innerhalb des Obersten Rates ein stillschweigendes Einverständnis bestanden habe, dieses heikle Problem nicht vor der Beendigung der Genueser Konferenz zu lösen. England habe in offizieller Form bereits den Vorschlag erteilt, der auf einen Antrag Lord Northcliffes zurückgeht. Danach sollen die Kriegsbeschuldigten vor internationale Gerichtshöfe geladen werden, die in Frankreich, England und Italien ihren Sitz haben sollen. Diese Gerichtshöfe sollen jedoch nicht mit der Befugnis der Strafvollstreckung ausgerüstet sein, sondern mehr Unterinstanzen mit der Aufgabe sein, die Fälle zu klären, zu untersuchen und den Strafantrag zu stellen. Ein endgültiges Urteil soll dann auf Grund dieser Anträge das heimische Gericht des Beschuldigten fällen. Den Angeklagten soll zu den Gerichten freies Geleit gewährt werden. Lord Northcliffe habe diesen Antrag schon der Pariser Friedenskonferenz unterbreitet, wäre aber nicht durchgedrungen.

Rußland mit der Probezeit von 6 Monaten nicht einverstanden.

WTB. London, 1. März. Nach einer bei der russischen Handelsdelegation in London eingetroffenen Mitteilung erklärte Tschitscherin in einer Unterredung, es sei von Vorschlägen gesprochen worden, die völlig in Widerspruch mit der Resolution von Cannes zu stehen scheinen. Wenn solche Vorschläge angenommen würden, so könne die Folge davon sein, daß die russische Regierung gezwungen werde, ihre Haltung gegenüber der Konferenz von Genua zu ändern. Wenn z. B. der Plan einer sechsmonatigen Probezeit für Rußland als vorherige Grundlage für die Konferenz angenommen werde, so würde die Teilnahme Rußlands an der Konferenz fraglich werden, denn das sei völlig unannehmbar.

Ein internationales Konsortium für den Wiederaufbau in Rußland.

WTB. London, 1. März. Der Berichterstatter der „Times" in Brüssel meldet: Das internationale Konsortium für den Wiederaufbau Rußlands soll gegen den 10. März gebildet werden. Bisher sei nichts beschlossen worden bezüglich der Sicherheiten, die die an dem Konsortium interessierten Regierungen den Industriellen und Kaufleuten, die Waren nach Rußland liefern, geben würden. Die Regierungen hätten über diese Frage noch kein Uebereinkommen erzielt. Die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung, die auf der Boulogner Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré geprüft worden sei, werde möglicherweise in Genua angeschnitten werden. Auf jeden Fall würde die Sowjetregierung nur anerkannt werden, wenn sie sich den bereits von den Alliierten gefaßten Beschlüssen unterwerfe. Daneben behält sich jede Macht das individuelle Recht vor, die Möglichkeit der Anerkennung der Sowjetregierung zu erwägen.